

Alexander Grasse
Carmen Ludwig
Berthold Dietz (Hrsg.)

Soziale Gerechtigkeit

Reformpolitik am Scheideweg

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITE
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FEDERALISMUS
POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION
PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE
POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE
UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE
THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITE
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG
FEDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE
KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT
STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ
POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN
INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITE



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Alexander Grasse · Carmen Ludwig · Berthold Dietz (Hrsg.)

Soziale Gerechtigkeit

Alexander Grasse
Carmen Ludwig
Berthold Dietz (Hrsg.)

Soziale Gerechtigkeit

Reformpolitik am Scheideweg

Festschrift für Dieter Eißel
zum 65. Geburtstag



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Das vorliegende Buch wurde gefördert durch die Max-Traeger-Stiftung, wissenschaftliche Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die Stiftung, benannt nach Max Traeger (1887–1960), dem Gründungsvorsitzenden der GEW, fördert die wissenschaftliche Erforschung von Erziehung, Schule, Hochschule und Weiterbildung.

Die Herausgeber bedanken sich hiermit herzlich für die gewährte finanzielle Unterstützung zur Realisierung des Projektes!

1. Auflage September 2006

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006

Lektorat: Frank Schindler / Nadine Kinne

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: MercedesDruck, Berlin

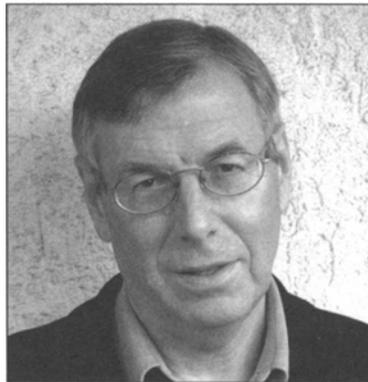
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN-10 3-531-15021-9

ISBN-13 978-3-531-15021-5

***Für Dieter Eißel
zum 65. Geburtstag
am 15. September 2006***



Inhalt

Klare Positionen und starkes Engagement <i>Ein Grußwort von Klaus Fritzsche</i>	13
--	----

1 Einleitung

<i>Alexander Grasse / Carmen Ludwig / Berthold Dietz</i> Problemfeld „soziale Gerechtigkeit“ – Motive, Inhalte und Perspektiven	17
--	----

<i>Ernst-Ulrich Huster</i> Solidarität und Gerechtigkeit als Lebensentwurf – eine persönliche Hinführung	37
---	----

2 Anspruch und Wirklichkeit von Gerechtigkeit in der deutschen Gegenwart

<i>Friedhelm Hengsbach SJ.</i> „Wer siegt, hat Recht“? Das kapitalistische Regime unter dem Anspruch der Gerechtigkeit	53
---	----

<i>Benjamin Benz / Jürgen Boeckh</i> Theorie, Struktur und Zukunft des Sozialstaats	71
--	----

<i>Gottfried Erb</i> Reichtum – ein Tabuthema. Wachsende soziale Ungerechtigkeit in Deutschland	89
--	----

<i>Berthold Dietz / Carmen Ludwig</i> Armut in Deutschland	99
---	----

3 Aktuelle Diskussionen, Politikfelder und territoriale Aspekte

<i>Christoph Butterwegge</i> Generationengerechtigkeit – politischer Kampfbegriff oder sinnvolle Neuinterpretation der sozialen Frage? Kritische Anmerkungen zu einem Kernaspekt des aktuellen Gerechtigkeitsdiskurses in Deutschland	117
--	-----

<i>Alexander Grasse</i> Territoriale Gerechtigkeit im deutschen Bundesstaat – Reformen im Spagat von Wachstums- und Verteilungsproblemen	129
---	-----

<i>Rudolf Hickel</i> Öffentliche Armut im privaten Reichtum – Kritik der allokativen und distributiven Wirkungen des Systemwechsels zu einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung	151
<i>Gerhard Bäcker</i> Niedrig- und Kombi-Löhne: soziale Spaltung statt Abbau der Arbeitslosigkeit	167
<i>Jutta Träger</i> Soziale Gerechtigkeit für Familien und Frauen in Deutschland – umdenken im Bereich der staatlichen Förderungspolitik!	179
<i>Bernd Kaßebaum</i> Bildung und soziale Gerechtigkeit	191
<i>Peter Henkenborg</i> Freiheit bewältigen – politische Bildung und die Herausforderung der Gerechtigkeit	203
<i>Peter Schmidt / Phillip Winkelkemper / Elmar Schlüter / Carina Wolf</i> Welche Erklärung für Fremdenfeindlichkeit: relative Deprivation oder Autoritarismus?	215
<i>Adalbert Evers / Claudia Wiesner</i> Das Programm „Soziale Stadt“ in Hessen – veränderte Konzepte der Armutsbekämpfung verlangen neue Formen lokaler Politik und Steuerung	225
4 Europäische Entwicklungen und internationale Perspektiven	
<i>Karl Georg Zinn</i> Kulturelle Unterschiede als Einflußgrößen auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln – zu den nationalen Differenzen in der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit	243
<i>Jeremy Leaman</i> Soziale Gerechtigkeit in Großbritannien – ein Modell für Deutschland und Europa?	257
<i>Christine Stelzer-Orthofer / Johann Bacher</i> Sozialabbau und Neokonservatismus in Österreich	271
<i>Ewa Rokicka / Wielisława Warzywoda-Kruszyńska</i> Social Justice and Social Inequalities – Analysis of the Public Discourse in Poland	285
<i>Procopis Papastratis</i> Aspects of Unemployment in Greece	303

<i>Udo Bullmann / Johannes Loheide</i> Europa als entscheidendes Feld sozialer Auseinandersetzungen	311
<i>Jörg Huffschnid</i> Erneuerung des Sozialstaates gegen die Herrschaft der Finanzmärkte – Herausforderungen demokratischer Wirtschaftspolitik in Europa	331
<i>Margit Schratzenstaller</i> Steuergerechtigkeit und persönliche Einkommensbesteuerung – aktuelle Entwicklungen in europäischer Perspektive	345
<i>Hanne-Margret Birckenbach</i> Soziale Gerechtigkeit als Menschenrecht: zum Europäischen des europäischen Sozialmodells	359
<i>Reimund Seidelmann</i> Soziale Gerechtigkeit im internationalen System – eine Problemskizze	373
<i>Uta Ruppert</i> Geschlechtergerechtigkeit in der Globalisierung: von Ungleichheitslagen zu Gerechtigkeitsansprüchen	383
5 Anhang	
Verzeichnis der Schriften von Dieter Eißel	397
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	411

Abkürzungsverzeichnis

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AHC	After Housing Costs
ALG	Arbeitslosengeld
ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften
ALQ	Arbeitslosenquote
AWO	Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt
BAG	Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.
BaföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BEIGEWUM	Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
BFSFJ	siehe BMFSFJ
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BHC	Before Housing Costs
BIP	Bruttoinlandprodukt
BIS	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMGSS	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
CCCS	Centre for Contemporary Cultural Studies
CDU	Christlich Demokratische Union
CGT	Confédération générale du travail; größte französische Gewerkschaft
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro; größte italienische Gewerkschaft
CIT	Corporal Income Tax
COMP	Rat Wettbewerbsfähigkeit
CSU	Christlich Soziale Union
DASS	Direktion für Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
EAGL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EBA	Eingliederungslehrgang in die Berufs- und Arbeitsgesellschaft
ECOFIN	Rat Wirtschaft und Finanzen
ECTS	European Credit Transfer System
ECVET	European Credit System for Vocational Education and Training
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EP	Europäisches Parlament
ESC	Europäische Sozialcharta
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESPHCA	Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVP	Europäische Volkspartei
EVS	Einkommens- und Verbraucherstichprobe
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FDP	Freie Demokratische Partei
FIAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
FGTB	Fédération Générale du Travail de Belgique; belgische Gewerkschaft
FU Berlin	Freie Universität Berlin
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GATS	General Agreement of Trades in Services
GBB	Gemeinsamer Beschäftigungsbericht
GD	Generaldirektion
GDI	Gender Development Index
GEM	Gender Empowerment Measure
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz
GSEE/AEDDY	Geniki Synomospondia Ergaton Ellados/Anotaki Diikisidis Enoseon Dimosion Ypailion; griechische Gewerkschaft
HIP	Human and Income Poverty
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
IGKE	Institut für Gesundheitsökonomie und klinische Epidemiologie
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
IB	Incapacity benefits; „Arbeitsunfähigenhilfe“
IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
ILO	International Labour Organization
IOM	International Organization for Migration
ISSP	International Social Survey Programme
IWF	Internationaler Währungsfonds
JuLis	Junge Liberale
JSA	Job Seekers Allowance; „Arbeitslosenhilfe“
KKS	Kaufkraftstandards
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KPMG	Klynveld, Peat, Marwick und Goerdeler; Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen
LAQ	Langzeitarbeitslosenquote
LAU	Lernausgangslagen-Untersuchung
MaßstG	Maßstäbengesetz
MGSFF	Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie
NAP	Nationaler Aktionsplan
NGO	Non-Governmental-Organisation
NGP	National Gross Product; Bruttoinlandprodukt
OECD	Organization for Cooperation and Economic Development
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PASOK	Panhellenische Sozialistische Bewegung Griechenlands
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PISA	Programme for International Student Assessment

PIT	Personal Income Tax
PRL	Polish People's Republic
SA	Soziale Armut
SGB	Sozialgesetzbuch
SGMG	Schweizerische Gesellschaft für medizinische Genetik
SOEP	Sozioökonomisches Panel
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SSÖ	Sozialer Survey Österreichs
StWG	Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SYRIZA	Koalition der radikalen Linken in Griechenland
TAG	Tagesbetreuungsausbaugesetz
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women
UNO	United Nations Organisation
UV	Unsicherheitsvermeidung
VBE	Verband Bildung und Erziehung
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VN	Vereinte Nationen
VR	Volksrepublik
WASG	Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit
WHO	World Health Organisation
WTO	World Trade Organisation

Klare Positionen und starkes Engagement

Ein Grußwort von Klaus Fritzsche

Dekan des Fachbereichs Sozial- und Kulturwissenschaften
der Justus-Liebig-Universität Gießen

So einfach, wie es scheinen könnte, ist es mit diesem Grußwort nicht. Das hat mit der Person zu tun, um die es geht, und soll erklärt werden.

Seit dreieinhalb Jahrzehnten ist Dieter Eißel nun Mitglied des Instituts für Politikwissenschaft, unseres Fachbereichs und der Justus-Liebig-Universität Gießen. Er hat in dieser Zeit Ungezählte gelehrt und geprüft. Das ist angesichts der fast immer großen Zahl unserer Studierenden unvermeidlich. Aber er hat sie, über das Pflichtmäßige und Notwendige weit hinaus, intensiv beraten, gefördert und nicht wenige von ihnen bis zur Promotion gebracht; immer mit Nachdruck und vielfach mit Begeisterung. Dem entspricht die persönliche Resonanz, die er bei den Studierenden hatte und hat – obwohl der von ihm vertretene fachliche Schwerpunkt, die Politische Ökonomie, auch für manche Seufzer und heftigere Abneigungsbekundungen gut war.

Eine Vielzahl von Publikationen, Vorträgen und Gutachten, mit dem Focus auf Gesellschafts- und Sozialpolitik und mit einer Spannweite von Grundproblemen der Politischen Theorie bis zu ganz unterschiedlichen Tagesfragen, hat ihm Ansehen in der Profession eingetragen. Von diesen Zusammenhängen wird in der Festschrift noch eingehend die Rede sein. Aber er genießt Respekt auch bei vielen Kolleginnen und Kollegen unserer Universität, die seinem Fach und erst recht der von ihm bezogenen inhaltlichen Position, sagen wir, nicht übermäßig nahe stehen. Mit seinen vielfältigen fachlichen Aktivitäten, zudem mit seinen Kompetenzen in Fragen von Studienorganisation und Studienreform und mit seinem kontinuierlichen Einsatz für den internationalen Austausch von Studierenden und Lehrenden hat er einen erheblichen Beitrag zum Profil des Fachbereichs – sowohl in dessen früherer, speziell sozialwissenschaftlicher, wie in der nun seit 1999 bestehenden sozial- und kulturwissenschaftlichen Fassung – geleistet. Er ist, mit einem Wort, zu einer tragenden Säule unserer Arbeit geworden.

Dieter Eißel kommt politisch-wissenschaftlich aus der '68er-Generation, und er hat diesen Bezug nicht, wie bekanntlich viele, gewissermaßen mit den kurzen Hosen der Studenten- und Assistentenbewegung abgelegt, auch wenn die seitherigen, weitreichenden Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Welt, von den Hochschulen selbst bis zu den globalen Verhältnissen, zweifellos ihre Spuren hinterlassen haben. Das konnte bei einem wachen Kopf, der zu keiner Zeit bereit war, das eigene Denken durch handliche Zitate aus blauen oder anderen Bänden zu ersetzen, auch nicht anders sein. Aber aus seiner Spur hat er sich nicht bringen lassen. Seine kritischen Potenzen standen nie zur Disposition; Konjunkturen interessieren ihn nur unter fachlichem Aspekt. So ist er eine feste Adresse kritischer Sozialwissenschaft und solidarischen Engagements geblieben, im Institut und im Fachbereich ebenso wie in öffentlichen und besonders gewerkschaftlichen Zusammenhängen, als eine deutlich vernehmbare Stimme, ein allezeit parteiloser Parteiergreifender der markanten Art.

Wenn nun einer von dieser Konsistenz und Präsenz, der gewissen nordhessischen Sturheit – mit der er manchmal auch kokettiert – und dieser besonderen Mischung aus Bescheidenheit und Selbstbewußtsein ohne Attitüde, radfahrend nur im physisch-realen, aber nicht im übertragenen Sinn, 65 Jahre alt wird und aus dem aktiven Dienst der Justus-Liebig-Universität ausscheidet, so kann der Umstand selbst keine Freude hervorrufen. Nicht diesem, wohl aber dem sehr geschätzten Kollegen und Mitstreiter gilt daher das Grußwort, mit Nachdruck und Dank – sowie natürlich den Autorinnen und Autoren sowie den Leserinnen und Lesern dieses Bandes.

Eines noch zum Schluß. Dieter Eißel hat verlauten lassen, daß er nach seiner Pensionierung einerseits privatisieren, andererseits Einladungen an ausländische Universitäten annehmen und sich deshalb in Zukunft aus Institut und Fachbereich heraushalten wolle. Als langjähriger Dekan und noch viel längerjähriger Kollege sage ich dazu: So sehr ihm die Befreiung von dem bisherigen, dicht gepackten Pflichtenkanon zu gönnen ist – wir wollen nicht hoffen, daß er seine Ankündigung wahr macht. Wir würden ihn vermissen.

1 Einleitung

Problemfeld „soziale Gerechtigkeit“ – Motive, Inhalte und Perspektiven

Das Thema „soziale Gerechtigkeit“ ist in mehrfacher Hinsicht hochaktuell und wird wieder einmal kontrovers diskutiert. Mit dem Versprechen von sozialer Gerechtigkeit können Wahlen gewonnen werden, aber Regierungen können bei Nichterfüllung dieses Postulats auch in Krisen geraten, wie das Beispiel der rot-grünen Koalition der Jahre 1998-2005 in Deutschland zeigt. Die Frage nach der Zukunft der „sozialen Gerechtigkeit“ wurde von seiten dieser Bundesregierung – nach anfänglichen punktuellen sozialen Verbesserungen – schließlich mit erheblichen Einschnitten, die den langfristigen Erhalt des deutschen Sozialstaatsmodells ermöglichen sollen, begründet. Die durchgeführten Reformen im Gesundheitssektor, im Bereich der Renten und vor allem die Arbeitsmarktgesetze (Hartz I-IV) haben jedoch bundesweite Proteste hervorgerufen, die wieder einen stärkeren materiellen Ausgleich und eine Rücknahme der Maßnahmen einforderten. Inzwischen hat die seit den 1970er Jahren kontinuierlich gestiegene Massenarbeitslosigkeit die Höhe von 5 Mio. erreicht und eine neue „soziale Frage“ aufgeworfen. Dies hat mit der Gründung der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) indes sogar zu Veränderungen in der bundesdeutschen Parteienlandschaft geführt. Die neue Linkspartei erhielt bei den Bundestagswahlen 2005 zumindest nicht unbeträchtlichen Zulauf.

Nicht zufällig ist das Thema „soziale Gerechtigkeit“ seither in aller Munde. Verbände, Gewerkschaften, zahlreiche gesellschaftliche Gruppen und auch die Kirchen widmen sich ihm mit besonderer Intensität; der „Katholikentag“ im Mai 2006 etwa stand ganz im Zeichen der „Gerechtigkeit“. Nahezu alle Parteien, von ganz rechts bis ganz links, nehmen sich des Themas – zumindest rhetorisch – inzwischen ebenfalls wieder verstärkt an. Dabei ist der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“, welcher häufig der Beliebtheit anheimfällt, auch vor populistischem Mißbrauch nicht gefeit, wie seine Instrumentalisierung im rechtsextremen Spektrum zeigt, dort wo Ausländerfeindlichkeit und „soziale Gerechtigkeit“ in einen Kontext geraten.

Die beiden großen Volksparteien, SPD und CDU, haben soeben ihre Arbeit an neuen Grundsatzprogrammen eröffnet und dabei die „soziale Gerechtigkeit“ wiederentdeckt. Während die SPD nun den „vorsorgenden Sozialstaat“ propagiert (und noch zu erklären haben wird, was genau sich dahinter verbirgt), verlangt die CDU in ihrem neuen Programmlogan „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“. Offensichtlich ist also nach Meinung der Parteistrategen etwas in Schieflage geraten in Sachen „Gerechtigkeit“, wenn diese sogar *neu* definiert werden muß. Dabei hat die Union bereits klargestellt, daß ihr Ziel der beschleunigte Rückzug des Staates ist.

Tatsächlich aber sehen nach den Ergebnissen der jüngsten Umfrage von McKinsey, Stern, ZDF und WEB.DE unter dem Titel „Perspektive Deutschland 2005/06“, bei der zwischen Ende 2005 und Anfang 2006 über 600.000 Bürgerinnen und Bürger befragt wurden, nur knapp die Hälfte, nämlich 54%, „mehr Markt“ als den richtigen Weg zur Lösung